

HONGKONG:

ES IST AN DER ZEIT, HANDELS- UND ENTWICKLUNGS- VERSPRECHUNGEN EINZULÖSEN

POSITIONSPAPIER ZUR DOHA-ENTWICKLUNGSRUNDE
IM RAHMEN DER WELTHANDELSGESPRÄCHE

Angenommen von der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, November 2005





Schaffung eines neuen Rahmens für den Welthandel

Der WTO-Gipfel im Dezember 2005 in Hongkong ist eines der zentralen Ereignisse in einem Jahr, in dem sich die führenden Politiker, nicht zuletzt auf dem G8-Gipfel in Gleneagles, auf einen wichtigen Durchbruch bei den weltweiten Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut verpflichtet haben. Es wird die Aufgabe der Handelsbeauftragten in Hongkong sein zu gewährleisten, dass ein reformiertes Welthandelssystem seinen Teil zu diesen Anstrengungen beiträgt.

2001 versprachen die WTO-Mitglieder in Doha, dass es sich bei der neuen Handelsrunde um eine Entwicklungsrunde handeln würde.

Um dieses Versprechen in die Tat umzusetzen, müssen sich die Teilnehmer der Ministerkonferenz in Hongkong dessen bewusst sein, dass ihr zentraler Auftrag darin besteht, dafür Sorge zu tragen, dass die Handelsregeln zur Entwicklung jedes Kontinents, zur Beseitigung der Armut und zu einer gerechteren Verteilung der Vorteile der Globalisierung führen; das Handelssystem muss eine gerechtere Global Governance im Dienst der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, der Menschenrechte und der Nachhaltigkeit fördern.

Nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Seattle wurde 2001 in Doha der Beginn einer neuen Runde multilateraler Handelsverhandlungen angekündigt. Dies ergab sich aus dem eindeutigen Bedarf an größerer Offenheit und mehr Demokratie im Welthandelssystem und der Forderung der Entwicklungsländer nach stärkerer Beteiligung und gleichen Wettbewerbsbedingungen, die zur Demokratisierung, zur Entwicklung und zum sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand ihrer Bürger beitragen werden.



In ihrem vor dem WTO-Gipfel von Doha 2001 angenommenen Positionspapier mit dem Titel „*Ein neuer Ansatz im Welthandel*“ forderte die PSE-Fraktion eine radikale Reform des Welthandelssystems zur Gewährleistung von mehr Demokratie, Nachhaltigkeit und einem entwicklungsfördernden Ergebnis. Die wichtigsten Zusicherungen waren folgende:

- Die Handelsregeln müssen sich auf die Entwicklung konzentrieren und es ärmeren Ländern ermöglichen, die Vorteile ihrer Teilnahme am Welthandelssystem zu nutzen und zugleich ihre bessere Integration in das System zu gewährleisten.
- Die Industrieländer sollten den Erzeugnissen der ärmeren Länder einen besseren Marktzugang sichern, ihre wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen nach und nach einstellen und den Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern technische Hilfe gewähren.
- Die Sozialstandards, die Arbeits- und Menschenrechte müssen weltweit eingeführt und eingehalten werden.
- Umweltnormen und Verbraucherschutz sollten sehr weit oben auf der Tagesordnung der Verhandlungen stehen.
- Die WTO sollte wirksamer und kontrollierbarer, ihre Prozesse demokratischer gestaltet werden, und zudem sollte sie ihre Politik besser mit der anderer internationaler Institutionen und Abkommen abstimmen.

In der Erklärung von Doha wurde anerkannt, dass es immer wichtiger wird, dass Entwicklungsländer unter gerechten Bedingungen von den Möglichkeiten des multilateralen Handelssystems und dem positiven Beitrag profitieren, den der Handel zur Verringerung der Armut und der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des öffentlichen Wohls leisten könnte. Zudem wurde die Rolle der WTO als einzige globale, auf Regelungen basierende Handelsorganisation bekräftigt und zur Sprache gebracht, dass zur Erzielung einer kohärenteren Global Governance eine bessere Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen erforderlich ist.

Das Mandat von Doha sieht Verhandlungen zu zahlreichen Themen sowie ein Arbeitsprogramm vor, mit dem diese Angelegenheiten unter Einhaltung klarer Fristen angegangen werden sollen¹.

Die 5. Ministerkonferenz im September 2003 in Cancún, auf der detailliertere Ziele und Modalitäten für die Verhandlungen festgelegt werden sollten, scheiterte insbesondere aufgrund von Spannungen zwischen Nord und Süd, die durch organisatorische Schwächen noch verschlimmert wurden. Dazu trugen u. a. folgende Faktoren bei:

- der Widerstand der Entwicklungsländer gegen Verhandlungen über die so genannten Singapur-Themen,² einschließlich Investitions- und Wettbewerbsregeln, sowie offensichtliche Schwierigkeiten im Bereich Landwirtschaft,
- der fehlende politische Wille der Industrieländer, ihre in Doha eingegangenen Versprechungen einzuhalten,
- eine überbordende Tagesordnung mit knappen Fristen, die nicht eingehalten wurden,
- die zunehmend gut organisierten und durchsetzungsfähigen Entwicklungsländer, die insbesondere beim Agrarhandel auf radikaleren Veränderungen bestanden, als die führenden Industrieländer zu akzeptieren bereit waren,
- die Entwicklung von Baumwolle zu einem Kernthema, bei dem vor allem die USA die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Einstellung der enormen Baumwollsubventionen ablehnten.

Auf der Konferenz von Cancún entstanden zwei wesentliche Gruppierungen: die G20- und die G90-Staaten. Zur ersteren zählen einige Schwellenländer und fortgeschrittenere Entwicklungsländer wie Indien, Brasilien, China oder Argentinien, die schnell zu einem bedeutenden Gesprächspartner und Hauptakteur beim Voranbringen der Doha-Runde wurden; der anderen Gruppierung gehören die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), die Afrikanische Union und die

¹ Siehe „Ein langer und steiniger Weg: von Doha nach Cancún“, S. 7.

² Ebenda. S. 3.

AKP-Gruppe an, die alle bestrebt sind, ein wirklich entwicklungsförderndes Ergebnis der Runde zu erreichen. Später wurde die G33 gegründet, um die Interessen der Entwicklungsländer, die landwirtschaftliche Erzeugnisse einführen, zu fördern und zu schützen.



Die PSE-Fraktion überwacht seit der Ministerkonferenz von Doha die Fortschritte der Entwicklungsagenda von Doha sehr genau, drängt auf die Einhaltung der dort eingegangenen Versprechungen und übernimmt eine aktive Rolle bei der öffentlichen Diskussion über die Reform des Welthandels. Wir haben starke Verbindungen zur Zivilgesellschaft aufgebaut und unterhalten einen ständigen Dialog mit der Europäischen Kommission und dem Rat.

Durch unser Engagement kamen Errungenschaften wie die Initiative „*Alles außer Waffen*“ zustande. Zudem drängt die Fraktion weiterhin auf den erfolgreichen Abschluss der Runde mit fairen Bedingungen für die Entwicklungsländer.

Im Mai dieses Jahres verstärkte die sozialdemokratische Fraktion mit einem detaillierten, im Europäischen Parlament angenommenen Bericht über den Stand der Doha-Runde den Druck, ein erfolgreiches Ergebnis zu erreichen. Bei der Anhörung zum Verhältnis zwischen Handel und Armut, die vom EP-Ausschuss für internationalen Handel im Oktober dieses Jahres organisiert wurde, übernahm die Fraktion die Führung. Darüber hinaus wird das Jahr 2005 für die Sozialdemokraten durch zwei bedeutende Veranstaltungen zum Jahr der besonderen Beachtung von Handel und Armut:

- im Juni hielt die Fraktion eine erfolgreiche Konferenz zum fairen Handel ab,
- im November veranstalteten wir kurz vor der Konferenz in Hongkong eine große Konferenz zu Handel, Hunger und Armut.

Die Wiederbelebung der Doha-Runde

Nach dem Scheitern der Ministerkonferenz von Cancún verstärkten die WTO-Mitglieder die Bemühungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, und im Juli 2004 wurde in Genf eine entscheidende Übereinkunft erzielt.

Im so genannten Juli-Paket wurden in folgenden fünf Hauptbereichen unverbindliche Rahmen festgelegt: **Landwirtschaft, Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse (NAMA), Dienstleistungen, Entwicklungsfragen und Handelserleichterungen**. Das endgültige Abkommen sollte auch Handel und Umwelt, Streitbeilegung, geografische Herkunfts-

bezeichnungen, Qualitätsstandards und Anti-Dumping-Regelungen umfassen. Zudem wurde mit dem Juli-Paket der Zeitplan für den Abschluss der Verhandlungen der Doha-Runde über die 6. Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong hinaus verlängert.

Wo stehen wir jetzt?

Die Einsicht, die Doha-Runde abschließen zu müssen, bevor die Dynamik endgültig verloren geht, nimmt ebenso zu wie die Skepsis, insbesondere der Entwicklungsländer, was die Möglichkeit eines positiven Ergebnisses betrifft.

Die Verhandlungen schreiten sehr langsam voran, und es wird bezweifelt, ob bei der 6. Ministerkonferenz eine umfassende Übereinkunft erzielt wird. Der WTO-Generaldirektor hat darauf hingewiesen, dass die Doha-Runde am Rande einer Krise steht, und den Mitgliedern dringend ans Herz gelegt, die Verhandlungen zu beschleunigen, um ein erneutes Scheitern im Dezember zu verhindern.

➔ Nach Ansicht der PSE-Fraktion müssen die grundlegenden Ziele der EU in dieser kritischen Phase in Folgendem bestehen:

- der entschlossenen Unterstützung eines multilateralen Welthandelssystems, bei dem der Handel im Dienst der nachhaltigen Entwicklung, der Vollbeschäftigung und der wirksamen Steuerung der Globalisierung steht, damit diese für alle von Vorteil ist;
- einem erfolgreichen Abschluss der Entwicklungsagenda von Doha (DDA) im Interesse eines weltweiten Wirtschaftsaufschwungs (und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU) und der Zukunft des Multilateralismus;
- einem echten „entwicklungsfördernden“ Ergebnis³, das zur Verringerung der Armut beiträgt;
- einer stärkeren Ausrichtung der Verhandlungsposition der EU auf die Prioritäten unserer Bürger – darunter Verbreitung der höchsten Sozial- und Umweltnormen sowie Bewältigung und Reform der Globalisierung;
- der Gewährleistung von Kohärenz in den Politiken der WTO und anderer internationaler Organisationen im Dienst der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Die Industrieländer müssen das Versprechen einhalten, dass es bei dieser Runde *im Wesentlichen und hauptsächlich* um Entwicklung geht.

Es wäre falsch, davon auszugehen, dass dies einen Verzicht der Industrieländer auf ihre Interessen bedeutet. Aus folgenden drei Gründen handelt es sich weder beim Handel noch bei der Entwicklung um ein Nullsummenspiel:

- Eine echte Entwicklungsrunde wäre ein riesiger Schritt in Richtung einer stabileren, demokratischeren, wohlhabenderen und sichereren Welt; denn Armut und Unterentwicklung sind Ursachen für die stärksten Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität Europas.
- Die größten Nutznießer offenerer EU-Märkte sind die Unionsbürger.
- Größerer Wohlstand in Afrika, Lateinamerika und Asien bedeutet auch stärkere Märkte für unsere Ausfuhren in der Zukunft.

Sowohl in seinem eigenen Interesse als auch im Interesse der Entwicklungsländer **sollte Europa wenige höhere außenpolitische Prioritäten verfolgen als die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung.**

Die Verhandlungsführer der EU müssen bereit sein, mit der Öffnung der Märkte für die Entwicklungsländer einen Schritt weiter zu gehen – wobei die Anliegen spezieller Interessengruppen in der EU im übergreifenden Interesse einer stärkeren EU-Wirtschaft abzuweisen sind. Des Weiteren dürfen sie nicht zulassen, dass die Verhandlungen von Hongkong an den Forderungen des Nordens nach einem gewissen Grad an Gegenseitigkeit der Zugeständnisse scheitern, was, so wünschenswert diese auch sein mag, für eine erfolgreiche Runde nicht unbedingt notwendig ist und wozu die Entwicklungsländer nicht bereit sind, solange sie nicht ein entsprechendes Entwicklungsniveau erreicht haben und ausreichend wettbewerbsfähig sind.

Landwirtschaft

Angesichts der Prioritäten der Entwicklungsländer und der nicht nur seitens der EU, sondern seitens aller Industrieländer einzuleitenden Schritte stellt der Erfolg der Agrarverhandlungen für den Gesamterfolg der Doha-Runde eine entscheidende Vorbedingung dar. Zu den anstehenden Themen zählen eine erhebliche Kürzung handelsverzerrender Stützungen, Kürzungen mit dem Ziel des schrittweisen Abbaus aller

Exportsubventionen und eine wesentliche Verbesserung des Marktzugangs für arme Länder, die in die Industrieländer exportieren wollen.

Jedoch müssen die Verhandlungsführer von Hongkong beachten, dass als grundlegendes politisches Ziel die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden müssen, die für das Überleben und für einen höheren Lebensstandard notwendige Produktionskapazität zu erlangen, was insbesondere zugunsten der Armen erreicht werden muss, von denen 75 % in der Landwirtschaft tätig sind. Dies erfordert u. a. die Vermittlung von Know-how, die Entwicklung des Verkehrswesens und anderer Infrastrukturen sowie Fortschritte bei der Bildung und in der Gesundheitsversorgung.

a) Maßnahmen in den Industriestaaten

Die Industriestaaten sind zu einem wesentlichen Abbau der handelsverzerrenden Maßnahmen verpflichtet, d. h. je höher die Unterstützung, desto größer der Abbau („Progressivität“).

Was ist noch zu vereinbaren?

- *Was ist „wesentlich“? Wie viel Progressivität?*
- *Wie viele – von den Entwicklungsländern geforderte – produktspezifische Obergrenzen wird es geben? Wie werden sie berechnet?*
- *Was ändert sich bei den Kriterien für „Blue-Box“⁴- und „Green-Box-Subventionen? Die G20- und die Cairns-Gruppe haben Fristen für Green-Box-Subventionen und Obergrenzen für den Subventionshaushalt insgesamt vorgeschlagen, einschließlich der Green Box. Ausarbeitung von Disziplinen mit dem Schwerpunkt handelsverzerrende Maßnahmen, wie z. B. preisbezogene Zahlungen im Rahmen der „Blue Box“.*

Für die EU stellt in diesem Bereich die Überprüfung der Kriterien für die Green-Box-Subventionen - die als minimal handelsverzerrend anerkannt sind und daher durch die WTO nicht eingeschränkt werden - das heikelste Thema dar. Weitreichende Veränderungen werden als Gefährdung des gesamten Programms zur GAP-Reform angesehen, für die die Entkopplung der Subventionen von der Produktion durch die Übertragung der Hilfsprogramme von der Amber Box und der Blue Box in die Green Box unerlässlich ist.

b) Exportsubventionen

Im Juli 2004 wurde vereinbart, alle Exportsubventionen und gleichwertige Maßnahmen innerhalb einer „glaubhaften Frist“ schrittweise abzubauen.

Was ist noch zu vereinbaren?

- *Der Zeitplan – es werden verschiedene Vorschläge diskutiert. Die USA und die G20 fordern die Einstellung innerhalb von fünf Jahren bei einem erheblichen Abbau im ersten Jahr, die Cairns-Gruppe befürwortet einen schrittweisen Abbau über einen Zeitraum von drei Jahren.*

c) Marktzugang

Das Abkommen vom Juli 2004 sieht eine auf einer gemeinsamen Formel für alle WTO-Mitglieder basierende Zollsenkung vor. Demzufolge müssen alle Mitglieder mit Ausnahme der LDC eine Absenkung vornehmen, die bei höheren Zöllen größer ausfällt. Die Länder können eine angemessene Anzahl empfindlicher Erzeugnisse benennen, bei denen geringere Kürzungen zulässig sind. Die Entwicklungsländer können darüber hinaus Erzeugnisse von besonderer Bedeutung bestimmen, die für die Ernährungssicherheit, den Lebensunterhalt und die ländliche Entwicklung entscheidend sind und von der Formel ausgenommen werden.

Was ist noch zu vereinbaren?

- *Welche Formel? Wie ehrgeizig? Wie progressiv? Nehmen die Entwicklungsländer geringere Kürzungen vor?*
- *Wie viele „empfindliche Erzeugnisse“, „wie werden sie ausgewählt“ und wie stark werden deren Zölle und Quoten gekürzt?*
- *Wie werden die Erzeugnisse von besonderer Bedeutung ausgewählt und behandelt? Wie viele? Werden für sie Zollsenkungen gelten?*
- *Der Anwendungsbereich und die Bestimmungen eines Schutzmechanismus, mit dem die Entwicklungsländer auf den die Binnenachfrage verzerrenden Anstieg der Einfuhren reagieren können.*
- *Aufrechterhaltung einer Besonderen Schutzklausel*
- *Verbesserter Schutz der geografischen Herkunftsbezeichnungen.*

Allgemein gilt, dass es auch entscheidend ist, genau klarzustellen, wie die Entwicklungsländer von der im Juli-Paket vorgeschlagenen besonderen und differenzierten Behandlung profitieren werden – wie wird z. B. der Zeitplan für deren Umsetzung aussehen? Ferner muss dafür gesorgt werden, dass den LCD keine umfassenderen Verpflichtungen aufgezungen werden.

d) Andere wichtige Fragen

Bei Zucker und Baumwolle entschied die WTO in den letzten Monaten zugunsten der Entwicklungsländer und gegen die EU bzw. USA. Wenn diese Entscheidungen nicht in gutem Glauben umgesetzt werden, könnte dies die aktuelle Verhandlungsrunde gefährden.

UNSERE POSITION:



- Die neuen Mechanismen der reformierten GAP und das multifunktionale und nachhaltige Agrarmodell der EU müssen aufrechterhalten werden; wir bestehen auf dem Recht der EU auf Umsetzung nicht handelsverzerrender Politiken und Maßnahmen, die beispielsweise der Förderung der Umwelt, der ländlichen Entwicklung und der artgerechten Tierhaltung dienen, zur Green Box gehören und vollständig von der Produktion entkoppelt sind.
- Allmählicher Abbau aller Formen der Exportunterstützung innerhalb von fünf Jahren, einschließlich der versteckten Unterstützung durch Ausfuhrkredite, Nahrungsmittelhilfe, Exporthandelsunternehmen usw.
- Weitestmögliche Öffnung der Märkte der Industrieländer für Exporteure aus den Entwicklungsländern, einschließlich Abschaffung von Spitzenzöllen und Zollprogression, jedoch mit einem realistischen Zeitplan, um einen geordneten Übergang zu ermöglichen.
- Maßnahmen in Bezug auf Ausfuhrsubventionen, inländische Stützungsmaßnahmen und Marktzugang sollten von allen entwickelten WTO-Mitgliedern parallel angewandt werden.
- Bei den Agrarverhandlungen muss es um eine deutliche Verbesserung beim Marktzugang gehen: Kürzungen bei allen Arten von Exportzuschüssen mit dem Ziel einer schrittweisen Abschaffung, deutliche Senkungen bei allen handelsverzerrenden internen Stützungen, Durchsetzung einer ihrem Entwicklungsbedarf entsprechenden besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer, auch in den Bereichen

Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung, sowie Berücksichtigung weiterer nicht handelsbezogener Aspekte.

- Produktspezifische Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse in einem Industrieland dürfen (auch bei „empfindlichen Erzeugnissen) 100 % nicht überschreiten.
- Es muss eine weit reichende Lösung für das Baumwoll- und Zuckerproblem gefunden werden, um zu gewährleisten, dass Subventionen und Zölle der Industrieländer nicht die Existenzgrundlagen in den Entwicklungsländern zerstören.
- Bei der Baumwollproduktion muss jegliche exportbezogene Unterstützung in den Industrieländern so schnell wie möglich, und nicht später als 2010, beseitigt werden. Da die EU bereits Maßnahmen zur Reformierung ihres Baumwollmarkts ergriffen hat, müssen bei den Verhandlungen insbesondere die USA als größter Verursacher von Verzerrungen im Baumwollhandel aufgefordert werden, Marktverzerrungen dadurch zu beseitigen, dass produktionsbezogene Zuwendungen für Baumwolle bis 2008 um die Hälfte gesenkt und danach erheblich reduziert werden. Die EU sollte sich darauf einrichten, den Baumwollmarkt der Entwicklung in der GAP anzupassen, um jegliche Verzerrungen im internationalen Handel zu vermeiden.
- Zu einer gerechten Lösung der Probleme des Baumwollsektors gehört, dass für Landwirte und Arbeitnehmer im Baumwollsektor der EU Hilfsprogramme zur Durchführung von Strukturreformen aufgelegt und für Entwicklungsländer Maßnahmen zur Unterstützung der Entwicklung ergriffen werden müssen.
- Zur Vermeidung von Marktverzerrungen sollten im Zuckersektor durch ein globales Übereinkommen zur umgehenden Beseitigung von Exportsubventionen und der schrittweisen Reduzierung von Zöllen und inländischen Stützungsmaßnahmen rationale und konkrete Lösungen gefunden werden. Die EU muss sich darauf einrichten, angemessene Anpassungshilfen nicht nur an EU-Produzenten und Weiterverarbeiter zu geben, sondern an Arbeiter und Regionen, die von der Zuckerproduktion abhängig sind. Produzenten aus den AKP- und LDC-Ländern sollten von großzügigeren Tarifquoten und angemessener finanzieller Unterstützung durch die EU profitieren.
- In den Sektoren, die in den Beschlüssen von 2003/2004 nicht behandelt wurden, ist die Übereinkunft von

Luxemburg vom 26. Juni 2003 zur GAP-Reform entsprechend denselben Grundsätzen umzusetzen, und die anderen Industrieländer müssen ebenso ehrgeizige Zugeständnisse im Agrarbereich machen, um die Umsetzung des Abkommens vorzubereiten, mit dem die ländliche Lebensweise und die Beschäftigung in den ländlichen Gebieten gefördert werden.

- Die GAP-Reform muss in der Green-Box-Kategorie mit der Stärkung nicht handelsverzerrender Stützungsmaßnahmen in der Landwirtschaft fortgesetzt werden, damit zielgerichtete und transparente Stützungsmaßnahmen zur Förderung der Umwelt, der ländlichen Entwicklung, der Beschäftigung sowie der artgerechten Tierhaltung von den Senkungsverpflichtungen ausgenommen sind; außerdem müssen die Kategorien Green Box, Blue Box und Amber Box klar geregelt werden.
- Über Green-Box-Subventionen, die keine oder minimale Handelverzerrungen bewirken, darf nicht verhandelt werden. Die in der Green Box angesiedelten Subventionen müssen fortlaufend kontrolliert werden, damit sie keine oder nur eine minimal handelsverzerrende Wirkung entfalten.
- Die Verhandlungen zur Gegenseitigkeit und insbesondere zu Erzeugnissen von besonderer Bedeutung und zum Schutzmechanismus müssen den Entwicklungsländern den politischen Spielraum geben, den sie benötigen, damit sie das Tempo ihrer Liberalisierung selbst bestimmen und die Subsistenzlandwirtschaft schützen können.
- Der wirksame Schutz der geografischen Herkunftsbezeichnungen muss erreicht werden.
- Gewährleistung, dass die Interessen der EU, die als nicht handelsbezogene Aspekte bezeichnet werden und einen integralen Bestandteil des Agrarabkommens bilden sollten, anerkannt und eingeführt werden.
- Die Aufweichung der Handelspräferenzen, insbesondere der im Rahmen des Cotonou-Abkommens und des APS gewährten, muss angegangen werden; dazu gehören der erweiterte Marktzugang und weniger restriktive Ursprungsregeln für wichtige oder empfindliche Erzeugnisse für bevorzugte Empfänger, Übergangszeiten, Finanzhilfe, Vermittlung von Know-how, Infrastrukturentwicklung, Kapazitätenaufbau und wesentliche Marktöffnung für LDC und andere benachteiligte Länder durch die fortgeschritteneren Entwicklungsländer.

- Die Agrarerzeugnisse und Zollmaßnahmen, über die die Europäische Union mit ihren Handelspartnern verhandeln muss, müssen sozialen und ökologischen Kriterien unterworfen werden, bei denen verbindliche internationale Übereinkommen hinsichtlich der sozialen Normen, der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und der Ernährungssicherheit beachtet werden.
- Die Europäische Union muss ihre schwächsten Agrarsektoren, insbesondere den Sektor Obst und Gemüse, schützen können.
- Die Regeln, denen zufolge Erzeugnisse aus Industrieländern als empfindlich eingestuft werden, müssen das Prinzip respektieren, dass die Doha-Runde eine Entwicklungsrunde sein soll, damit die Liste der Erzeugnisse, die für den Export der Entwicklungsländer besonders interessant sind, so begrenzt wie möglich ausfällt.

Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse (NAMA)

Der Abbau tarifärer und nichttarifärer Hemmnisse für Industriegüter stellt ein zentrales Element der Doha-Runde dar. Ergebnis der Verhandlungen sollte ein Abkommen über eine Formel für den Zollabbau und zusätzliche Senkungen in bestimmten Sektoren sowie die genauen Einzelheiten der besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer sein, einschließlich der Höhe der zu konsolidierenden Zollsätze.

Die größte Uneinigkeit herrscht bei der für den Zollabbau anzuwendenden Formel. Die meisten Entwicklungsländer lehnen die von der EU, den USA usw. befürwortete „nicht lineare Formel“ strikt ab, mit der die höheren Zölle stärker gesenkt würden. Darüber hinaus stellt die Forderung der Industrieländer nach stärkerem Zollabbau in bestimmten Sektoren für sie eine Bedrohung der in der Entstehung begriffenen Zweige dar.

Beim NAMA könnten Fortschritte möglicherweise ebenso schwer zu erzielen sein wie bei der Landwirtschaft. Der schrittweise Abbau der Textilquoten hatte wesentlichen Einfluss auf die Verhandlungspositionen. Darüber hinaus sind viele Entwicklungsländer besorgt über die potenzielle Aufweichung der Präferenzen, den durch hohe Einfuhrzölle verursachten Verlust von Staatseinnahmen und eine allgemeine Schädigung ihrer Industrie aufgrund von externem Wettbewerbs-

druck. Sie haben den Eindruck, dass die Liberalisierung in diesem Bereich aufgrund der globalen Organisation der Produktions- und Versorgungskette eher den Industrieländern nutzen wird.

Die Verhandlungen über nichttarifäre Hemmnisse sind in Rückstand geraten, und die Frage der Umweltgüter, die im Rahmen der NAMA-Verhandlungen behandelt werden sollte, ist nicht über die Phase hinausgekommen, in der versucht wurde, sich auf Definitionen zu einigen.

Was ist noch zu vereinbaren?

- *Welche Zollsenkungsformel? Sollte dies größere Kürzungen der höheren Zölle erfordern? (Dies würde größere Kürzungen von den Entwicklungsländern verlangen.)*
- *Sind weitere Zollsenkungen in einigen Sektoren obligatorisch oder freiwillig?*
- *Welche Flexibilitäten für Entwicklungsländer?*
- *Welche Übereinkunft bei Umweltdienstleistungen?*

UNSERE POSITION:



Die Positionen der EU bei den NAMA-Verhandlungen müssen ihre Festlegung auf die Durchführung einer Entwicklungsrunde widerspiegeln, bei der die Bedürfnisse der ärmsten Entwicklungsländer ebenso zu berücksichtigen sind wie die der fortgeschritteneren Entwicklungsländer, damit Industrialisierung und wirtschaftliche Diversifizierung gefördert werden und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dabei können tarifäre Maßnahmen eine bedeutende Rolle spielen. Aus diesem Grund muss die für die Zollsenkung angenommene Formel den in Doha vereinbarten Grundsatz der *nicht vollständigen Gegenseitigkeit* wahren, möglicherweise durch die Anwendung wesentlich unterschiedlicher Zollsenkungskoeffizienten. Das Abkommen muss den Entwicklungsländern und den LDC bei ihren Entwicklungsstrategien einen gewissen Handlungsspielraum einräumen und darf die Beschäftigung und wirtschaftliche Diversifizierung nicht untergraben.

Alle Industrieländer sollten des Weiteren bis 2010 dem Beispiel der EU bei der Gewährung des freien Marktzugangs zu den Erzeugnissen der LDC folgen. Zudem sind die Sozialdemokraten davon überzeugt, dass Maßnahmen zur Stärkung des regionalen Handels der Entwicklungsländer untereinander bedeutende Vorteile mit sich bringen werden.

Daher treten wir für einen wesentlichen Abbau der Handelsschranken ein und fordern zugleich die rasch wachsenden Entwicklungsländer auf, ihren Teil der Verantwortung zur Gewährleistung des Erfolgs der Runde zu übernehmen.

Zu guter Letzt sollten nichttarifäre Barrieren, die häufig den Zugang der Erzeugnisse ärmerer Länder zu den Märkten der Industrieländer behindern, weitestmöglich beseitigt werden und technische Unterstützung angeboten werden, um die Handelsmöglichkeiten zu verbessern.

Dienstleistungen

Bei den Verhandlungen über die Dienstleistungen⁵ wurden bisher nur langsam Fortschritte erzielt. Dem Mandat von Doha zufolge sollte mit der Liberalisierung des Handels in diesem Bereich eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer am Handel mit Dienstleistungen einhergehen. Für viele Entwicklungsländer besteht der größte Nutzen der Liberalisierung des Handels in GATS-Mode 4 über die Freizügigkeit natürlicher Personen – der Dienstleistungserbringer⁶. Die EU war eines der wenigen Industrieländer, das als erstes ein Angebot zu Mode 4 unterbreitete und damit ihren Standpunkt bekräftigte. Jedoch müssen wir sicherstellen, dass die Anwendung des Mode-4 nicht zur Nichtbeachtung der sozialen Rechtsvorschriften in den EU-Ländern führt. Das GATS darf nicht als Instrument der Einwanderungspolitik gebraucht werden.

Andererseits bedeutet das zunehmende wirtschaftliche Gewicht der Dienstleistungen, dass die EU in diesem Bereich starke offensive Interessen verfolgt: So hat die EU geänderte Anträge an 103 WTO-Mitglieder gerichtet; doch haben sich ihre Hoffnungen auf eine bedeutend höhere Anzahl und bessere Qualität der geänderten Angebote bisher nicht bestätigt.

Die Liberalisierung der Dienstleistungen erweist sich als kompliziert und heikel, insbesondere bei den öffentlichen Dienstleistungen und der Fähigkeit der Entwicklungsländer, diese zu regulieren. Die Tatsache, dass die diesbezüglichen Verhandlungen alles andere als transparent sind, schürt die Bedenken der Zivilgesellschaft bezüglich des Inhalts der Anträge an diese Länder, der möglichen Folgen beim Zugang zu grund-

⁵ Die Verhandlungen über die Dienstleistungen werden anders als die übrigen Verhandlungen auf einer bilateralen Angebot-Nachfrage-Basis abgehalten, während ihr Ergebnis gemäß der Meistbegünstigungsklausel für alle WTO-Mitglieder gilt.

⁶ Im GATS-Abkommen werden vier Arten der Dienstleistungserbringung bestimmt. Im so genannten Mode-4 geht es um das Recht von Einzelpersonen, sich zur Dienstleistungserbringung vorübergehend in einem anderen Land aufzuhalten. Das Recht auf Suchen einer festen Arbeitsstelle, auf den Erwerb der Staatsangehörigkeit oder des Daueraufenthalts ist nicht enthalten.

legenden Dienstleistungen und deren Universalität. Wir müssen sicherstellen, dass der Handel mit Dienstleistungen den sozialen Zusammenhalt eines Landes oder seine Fähigkeit zur Regelung der Grundversorgung nicht beeinträchtigt. Was die nationalen politischen Ziele und das Entwicklungsniveau der betreffenden Länder angeht, so muss zwischen kommerziellen und öffentlichen Dienstleistungen unterschieden werden. Bei der Grundversorgung sollte die EU nicht auf GATS-Verpflichtungen aus den Entwicklungsländern drängen.

Zum Handel mit Dienstleistungen muss eine ausgewogene Einigung erzielt werden, mit der der Marktzugang für Dienstleistungsanbieter aus der EU erweitert und zugleich das Recht aller Länder gewahrt bleibt, die Regulierung ihres Dienstleistungssektors selbst vorzunehmen. Sollte es nicht zu einem erfolgreichen Ergebnis kommen, könnten die Interessen der Entwicklungsländer dadurch Schaden nehmen, dass immer mehr regionale und bilaterale Handelsabkommen mit Bestimmungen zu den Dienstleistungen abgeschlossen werden, die in vielen Fällen über die GATS-Vereinbarungen hinausgehen und die Liberalisierung bestimmter Sektoren vorschreiben.

DIE POSITION DER PSE-FRAKTION ZUM GATS WURDE IN DEN POSITIONSPAPIEREN VON 2001 UND 2003 KLAR ZUM AUSDRUCK GEBRACHT:

- • Die öffentlichen Dienstleistungen können nicht wie ein Produkt auf dem freien Markt behandelt werden; bei diesen Dienstleistungen geht es nicht einzig um die Wahlmöglichkeiten für den Verbraucher, sondern auch um grundlegende menschliche Bedürfnisse. Sie dürfen nicht abgebaut oder untergraben werden.
- Die EU hat sich darauf festgelegt, im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der Bildung keine Angebote oder Anträge zu machen, und muss sich daran halten.
- Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse, wie beispielsweise Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Belieferung mit Strom oder für die kulturelle Identität wesentliche Dienstleistungen, wie z. B. audiovisuelle Dienste, sollten durch die GATS-Verhandlungen nicht gefährdet werden.
- Die EU hegt ein starkes Interesse an der Ausweitung der Ausfuhrmöglichkeiten für Dienstleistungsanbieter, doch dürfen wir nicht vergessen, dass dies eher vom wachsenden Wohlstand in den Entwicklungsländern und auf anderen Märkten abhängt als von den GATS-Verpflichtungen.

Die Verhandlungen über die Dienstleistungen müssen entmystifiziert werden, indem dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft vollständiger Zugang zu den Anträgen und Angeboten gewährt wird – der vollständige Wortlaut der Angebote und Anträge sollte zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung veröffentlicht werden.

- Die PSE-Fraktion hat Bedenken, dass das «Benchmarking» den Grundsatz der «Positivliste», auf dem GATS beruht, unterminieren könnte; insbesondere darf das Benchmarking nicht als Druckmittel auf die Entwicklungsländer zur Liberalisierung ihres Dienstleistungssektors gegen ihren Willen verwendet werden.

Eine echte Entwicklungsrunde?

Der wichtigste Test, ob die Doha-Runde wirklich eine Entwicklungsrunde ist, wird das Ergebnis der Verhandlungen über die drei großen Themenkomplexe Landwirtschaft, Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse und Dienstleistungen sein – insbesondere das Ausmaß, in dem die Märkte der Industrieländer geöffnet und handelsverzerrende Subventionen abgebaut werden sowie der Grundsatz der nicht vollständigen Gegenseitigkeit anerkannt wird, wie oben bereits angeführt wurde. Die Entwicklungsländer stellen jedoch noch weitere grundlegende Forderungen. Wir unterstützen einen ausgewogenen, weitreichenden Vorschlag zu diesen drei großen Themenkomplexen, bei denen die Entwicklung den Schwerpunkt der Debatte bildet.

Eine dieser Forderungen besteht in der Stärkung der WTO-Bestimmungen über die **besondere und differenzierte Behandlung**, die nach Ansicht der Entwicklungsländer kaum Wirkung entfaltet haben. Die Position der Industrieländer, die von den Entwicklungsländern widerstrebend akzeptiert wurde, geht dahin, dass keine dauerhaften Ausnahmen von den WTO-Bestimmungen möglich sind – stattdessen werden längere Umsetzungsfristen angeboten. Die fortgeschritteneren Entwicklungsländer haben bisher dem Druck widerstanden, verschiedene Kategorien von Entwicklungsländern zu bilden, was unterschiedliche Niveaus der angebotenen besonderen und differenzierten Behandlung bedeuten würde.

Die Vielzahl der Bestimmungen zur besonderen und differenzierten Behandlung in den bestehenden WTO-Abkommen und die nicht vorhandene gemeinsame Auffassung darüber, wie deren Überarbeitung vorstatten gehen soll, haben zu einem verspäteten Verhandlungsbeginn geführt. Darüber hinaus werden der Verhandlungseifer und das Tempo der Verhandlungen im Ausschuss für Handel und Entwicklung durch die Fortschritte der Doha-Runde insgesamt und insbesondere den langsamen Fluss der Agrarverhandlungen beeinflusst.

Die WTO-Bestimmungen zum geistigen Eigentum (TRIPS) verursachen den Entwicklungsländern weiterhin viele Probleme:

- Es müssen eine dauerhafte Lösung für die öffentliche Gesundheit gefunden und Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die vollständige Umsetzung des bahnbrechenden Abkommens von Doha über TRIPS und die öffentliche Gesundheit gewährleistet wird; außerdem müssen die Entwicklungsländer in der Lage sein, wesentlich von der Flexibilität des TRIPS-Abkommens zu profitieren (obligatorische Lizenzen und Parallelimporte);
- Es muss eine viel stärkere politische Verpflichtung zur Überprüfung der Funktionsweise des TRIPS-Abkommens geben, um der größer werdenden Wissenslücke zwischen Nord und Süd Einhalt zu gebieten und die Kosten für den Technologietransfer zu senken;
- Die parallele Überprüfung des Verhältnisses zwischen dem TRIPS-Abkommen, dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und dem Schutz von traditionellem Wissen und Folklore muss Ergebnisse zeitigen, die das biologische und kulturelle Erbe sowie die wirtschaftlichen Interessen der Entwicklungsländer schützen.

Die Entwicklungsländer haben zudem ein besonderes Interesse an **Handelserleichterungen** und **technischer Hilfe**. Mit Maßnahmen zur Handelserleichterung sollte die Ausfuhrkapazität der Entwicklungsländer durch Verbesserungen in ihrer Infrastruktur und die Vereinfachung der Verwaltungs- und Zollverfahren erhöht werden. Für viele Entwicklungsländer sind Programme zur technischen Hilfe und zum Kapazitätenaufbau unerlässlich, um ihre Produktions- und Ausfuhrkapazitäten sowie ihre Fähigkeit zur aktiven Teilnahme an Handelsverhandlungen zu erhöhen.

Die Doha-Runde beinhaltet darüber hinaus Verhandlungen zur **Umsetzung** der Verpflichtungen, die gegenüber den Entwicklungsländern in der Uruguay-Runde eingegangen, aber noch nicht eingehalten wurden. Auch hier werden nur langsam Fortschritte erzielt.

UNSERE POSITION:



Für die Entwicklungsländer müssen in allen Bereichen des endgültigen Doha-Pakets flexiblere Regelungen geschaffen werden, wobei den LDC, kleinen und schwachen Volkswirtschaften, Inseln und Binnenstaaten besondere Beachtung geschenkt werden sollte. Zwar wirkt sich Handel positiv aus – u. a. durch technologische Diffusion, größere Effizienz, Auswahlmöglichkeiten für die Verbraucher, Wirtschaftstätigkeit und Größenvorteile –, doch können unausgewogene Handelsbeziehungen auch zu wirtschaftlicher Abhängigkeit sowie dazu führen, dass einer Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Lenkung ihrer eigenen Geschicke abhanden kommt. Die Entwicklungsländer in der WTO müssen das Tempo und den Ablauf ihrer Handelsliberalisierung selbst bestimmen dürfen und nicht mehr unternehmen müssen, als sie aufgrund ihres Entwicklungsniveaus bewältigen können. Die besondere und differenzierte Behandlung sowie Mechanismen für Handelserleichterungen sollten so gestaltet werden, dass weniger entwickelte Länder zu gleichberechtigten Partnern im Welthandelssystem werden können. Was die Agrarverhandlungen betrifft, so sollte die WTO für die LDC eine „Development Box“ einführen, damit Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung angegangen werden können, die für die Beseitigung der Armut ausschlaggebend sind. Die EU muss sich vor allem dafür einsetzen, dass die technische Hilfe und der Kapazitätenaufbau mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden, damit die Entwicklungsländer sich bei den Verhandlungen nicht im Nachteil befinden.

In Anbetracht der Entwicklungsmöglichkeiten, die dieser Handel den Entwicklungsländern bietet, indem Handelsschranken zwischen ihnen abgebaut werden, der Grundsatz der besonderen und differenzierten Behandlung zur Stärkung der Versorgungskapazitäten der am wenigsten entwickelten Länder angewandt und der freie Zugang der am wenigsten entwickelten Länder zu den Märkten der Schwellenländer gefördert wird, sollten Maßnahmen zur Förderung des Süd-Süd-Handels, insbesondere des regionalen Handels, vereinbart werden.

Die PSE-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass der an Finanzhilfe und Schuldenerlass gekoppelte Handel bei der Erreichung der Millenniumsziele eine wesentliche Rolle spielt. Die Handelsmaßnahmen müssen jedoch so gestaltet werden, dass sie die internen Strategien der Entwicklungsländer zur Entwicklung und Armutsbekämpfung nicht untergraben.

Mit dem Gipfeltreffen von Hongkong sollte auch insofern ein Beitrag zur Verpflichtung der Millenniumsziele auf verstärkte Entwicklungshilfe geleistet werden, als eine multilaterale Fazilität zur Förderung des Handels für arme Entwicklungsländer eingerichtet wird, die vor allem auf vier Ziele gerichtet ist:

- a) Schaffung eines Ausgleichs für den Verlust der Präferenzen
- b) Schaffung eines Ausgleichs für die Einnahmeverluste aus den Zollsenkungen
- c) Bereitstellung von wirtschaftlicher und sozialer Anpassungshilfe
- d) Überwindung von Verwaltungs- und Infrastrukturschwächen sowie anderer Hemmnisse für die Exportkapazität.

Jedoch muss ganz deutlich sein, dass dieses Paket die Reform der Handelsregeln zur vollständigen Anerkennung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer ergänzt, nicht ersetzt. Zudem dürfen keine Bedingungen an das Geld geknüpft sein.

Was muss noch unternommen werden, um Erfolg zu garantieren?

2005 ist ein entscheidendes Jahr für die Doha-Runde. Für den Abschluss der Runde muss es ein realistisches Datum geben, wobei die Modalitäten Anfang 2006 vollständig vorhanden sein müssen. 2005 ist auch das entscheidende Jahr für die Millenniumsentwicklungsziele. Die PSE-Fraktion fordert die EU auf, die Industrieländer weiterhin zu drängen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit ein erfolgreicher Abschluss erzielt wird.

Die Industrieländer müssen einsehen, dass sich die politische Geografie des Handels wesentlich geändert hat. Die Entwicklungsländer sind besser organisiert und durchsetzungsfähiger als je zuvor. Die Industrieländer werden zu tiefgreifenderen Veränderungen bereit sein müssen, als sie es in Cancún waren. Dies gebietet sowohl das Eigeninteresse als auch die Moral.

Darüber hinaus stellt die fehlende Berücksichtigung der Bereiche Beschäftigung und Soziales in den WTO-Prozessen einen der Faktoren dar, die den Ausgang des Ministertreffens in Hongkong gefährden – so wie das die in diesem Jahr zunehmenden Spannungen am Weltmarkt,

vor allem im Textil- und Bekleidungssektor, zeigen. Die negative Stimmung, die durch plötzliche handelsbeschränkende Maßnahmen geschaffen wurde, Anschuldigungen, Protektionismus zu betreiben, die Furcht einiger Entwicklungsländer, dass es zu katastrophalen beschäftigungspolitischen Folgen für ihre Volkswirtschaften kommen kann, und die Anwendung ausbeuterischer Methoden bei der Produktion in freien Exportzonen verschlechtern die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss des Treffens in Hongkong.

Da viele WTO-Mitglieder ihren Verpflichtungen von Singapur und Doha zur Achtung weltweit anerkannter grundlegender Arbeitsnormen nicht nachkommen, spricht vieles für eine formelle Überprüfung im Interesse eines besseren frühzeitigen Erkennens solcher Probleme und der Gewährleistung, dass Handel zu nachhaltigem sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt führt und nicht die Arbeitsnormen und die Beschäftigung untergräbt. Die Diskussionen im Vorfeld von Hongkong sollten die Grundlage dafür schaffen, dass eine solche Debatte in nächster Zukunft mit dem Ziel geführt wird, WTO-Prozesse einzuführen, die sich mit diesen heiklen, aber dennoch grundlegend bedeutenden Fragen befassen.

Was geschieht nach Hongkong?

Nach Ansicht der PSE-Fraktion muss das Welthandelssystem im Interesse der Armutsbekämpfung, Demokratiestärkung und Förderung der nachhaltigen Entwicklung neu gestaltet werden. Die Doha-Runde könnte ein Schritt in diese Richtung sein, ist jedoch nicht ausreichend – da einige der dringendsten Fragen nicht auf der Agenda von Doha stehen.

Wir unterstützen die Forderung der Global Unions, **menschenwürdige Arbeitsbedingungen** zu einem zentralen Thema der Handelsverhandlungen zu machen. Die WTO muss die Beziehung zwischen Handel und Beschäftigung, die Grundrechte der Arbeitnehmer und den sozialen Schutz und sozialen Dialog sowie die wirksame Bekämpfung aller Formen der modernen Sklaverei, der Kinderarbeit und der Ausbeutung, insbesondere von Frauen, ansprechen, damit die grundlegenden Arbeitnehmerrechte aufrechterhalten und Sozialdumping verhindert werden. Es muss ein ständiges Forum von WTO/IAO eingerichtet werden, das sich mit der Beziehung zwischen Handel und Beschäftigungsfragen befasst.

Darüber hinaus müssen wir dafür eintreten, sicherzustellen, dass die so genannten „Singapur-Themen“ Investitionen und Wettbewerbsregeln – die auf Drängen der Entwicklungsländer von der Tagesordnung von Doha gestrichen wurden – nicht von den reichen Ländern durch die Hintertür bilateraler oder regionaler Abkommen wieder eingeführt werden.

Die WTO muss demokratischer und kontrollierbarer gestaltet werden. Sie muss für die Überprüfung durch die Öffentlichkeit offen sein, beispielsweise in Form von öffentlichen Anhörungen bei Streitfällen und durch Öffnung der Sitzungen des Allgemeinen Rates für die Presse und die Zivilgesellschaft – entsprechend dem Bericht des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2001 über Offenheit und Demokratie im Welthandel. Kleinere und ärmere Länder müssen über den gleichen Zugang zu Informationen sowie die Möglichkeit und die Mittel verfügen, sich wirksam an sämtlichen Handelstreffen zu beteiligen. Ihnen sollte technische Hilfe gewährt werden, damit sie wirksam verhandeln können. Zudem muss das Streitbeilegungssystem überarbeitet werden, um die Position der Entwicklungsländer zu stärken, insbesondere, was den Zugang zu Informationen und geeignete Rechtsmittel angeht. Unseres Erachtens können demokratische Parlamente einen bedeutenden Beitrag zu den WTO-Verhandlungen leisten, da sie die Meinung der Öffentlichkeit und die Unterstützung der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, die in den Abkommen innerhalb der WTO gefordert werden. Wir unterstützen uneingeschränkt die institutionelle Einbindung von Parlamenten in die WTO, um die demokratische Legitimität und Transparenz der WTO-Verhandlungen zu erhöhen.

Der Zusammenhang zwischen Handel und Umwelt muss klar und deutlich aufgezeigt werden, und es muss dafür gesorgt werden, dass die Handelsregeln nicht zu Umweltschäden führen.

Des Weiteren müssen nun auch folgende Themen auf den Verhandlungstisch kommen:

- *Reform des GATS zur Gewährleistung von Transparenz und zur Stärkung des Schutzes öffentlicher Dienstleistungen*
- *WTO-Regeln für bilaterale Abkommen und Freihandelszonen*
- *umfassende Überprüfung der Wechselbeziehungen zwischen Handel und Umwelt*

In den nächsten Monaten wird die Fraktion ein ausführliches Programm für Änderungen bei all diesen Themen erarbeiten.

